

vhw nimmt Stellung zum Entwurf des Landesbesoldungsgesetzes

Die Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das Professorenbesoldungsreformgesetz des Bundes vom 16.02.02 (BGBl. I, S. 686) muss bis zum 01.01.05 erfolgen. Die Landesregierung hat hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt, zu dem der **vhw Baden-Württemberg** über den Beamtenbund BBW Stellung genommen hat.

Landesregierung und Wissenschaftsminister Frankenberg haben mehrfach auf Nachteile des Bundesgesetzes hingewiesen und betont, durch Ausschöpfung aller Spielräume innerhalb des Landes die zu erwartenden Probleme zu minimieren. Min. Frankenberg hat darüber hinaus festgestellt, dass die Fachhochschulen zu den Verlierern dieses Gesetzes zu werden drohen, weshalb alles getan werden müsse, um die Lage für diese Hochschulart erträglich zu gestalten.

Die Stellungnahme des **vhw** ist generell am Ziel ausgerichtet, die Absichten der Landesregierung und speziell des Fachministeriums im Gesetzentwurf wirksam werden zu lassen. Grundsätzlich positiv beurteilt werden folgende Regelungen.

- * Auch an Fachhochschulen sind W3-Professuren vorgesehen.
- * Unbefristete Vergabe von Leistungsbezügen ist nicht generell ausgeschlossen.
- * Unbefristete Leistungsbezüge können an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen.
- * Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen ist prinzipiell möglich.
- * Leistungsbezüge können bis zu 80% des Grundgehaltes für ruhegehaltfähig erklärt werden.
- * Zulagen aus Drittmitteln bis zur doppelten Grundgehaltshöhe

Der **vhw** befürwortet die vorgenannten Regelungen im Prinzip und fordert ihre Beibehaltung im Gesetzgebungsverfahren. Leider muss auch Kritik angemeldet werden, da der Gesetzentwurf in mehreren wesentlichen Punkten gegen vitale Interessen der Fachhochschulen verstößt. Hierzu weiter in der rechten Spalte.

Gesprächsmarathon in Sachen Besoldungsreform geht weiter

Wohl kaum ein Gesetzesvorhaben der letzten Jahre dürfte für alle Beteiligten so aufwendig (gewesen) sein wie die Neuregelung der Professorenbesoldung. Nach termingerechter Stellungnahme zum baden-württembergischen Umsetzungsgesetz hat der **vhw**-Landesvorstand erneut mit einer Reihe von Gesprächspartnern die drohenden Dauerchäden für die Fachhochschulen des Landes diskutiert. Noch im Dezember fanden Treffen statt mit dem Vorstand der Rektorenkonferenz, mit Werner Pfisterer MdL/CDU und dem Wissenschaftsministerium. Im Januar folgten Gespräche mit Theresia Bauer MdL und Thomas Gehring/GRÜNE sowie Carla Bregenzer MdL und dem wissenschaftspolitischen AK VIII der SPD. Bei weiteren Terminen wird der Landesvorstand die **vhw**-Positionen vertreten beim Fraktionsvorsitzenden Ernst Pfisterer MdL/FDP und Anfang April bei Min. Frankenberg.

Hoffentlich führen diese Gespräche zu einer erträglichen Ausgestaltung der Besoldungsreform im Land!

Bulmahn will Forschung zentralisieren

Im Zusammenhang mit der Elite-Universität-Diskussion möchte die Bundesbildungsministerin den Hochschulbau ganz den Ländern anlasten und dafür die Forschungsförderung ganz vom Bund aus dirigieren. Die Leibniz-Gemeinschaft soll zerschlagen werden.

Die enge Bindung von Forschungsgemeinschaften und Universitäten muss bleiben, sagen der Wissenschaftsrat und die Mehrzahl der Länder. Der unabhängige Geist Leibniz-Präsident Hans-Olaf Henkel sollte seine Plattform behalten. Von der anwendungsorientierten Forschung an Fachhochschulen ist bei der ganzen Diskussion mal wieder nicht die Rede, obwohl auch dort elitäre Leistungen erbracht werden.

Die Festschrift „50 Jahre vhw“ findet guten Anklang

Die zum **vhw**-Jubiläum herausgegebene Festschrift wurde an eine breite Zielgruppe hochschulpolitischer Partner gestreut. Zahlreiche positive Reaktionen beweisen, dass die Festschrift überhaupt gelesen wurde und dass die Inhalte das Interesse der Adressaten fanden.



**Verband Hochschule und Wissenschaft
Baden-Württemberg e.V.
im Beamtenbund Baden-Württemberg**

**RUNDSCHREIBEN 1/2004
Januar 2004**

Schwerwiegende Mängel des Gesetzentwurfs

Hinsichtlich folgender Aspekte ist dringend Besserung notwendig:

Der Gesetzentwurf verstärkt die Diskriminierung der Fachhochschulen gegenüber den Universitäten. Gab es bisher in Besoldungsstufe C3 eine wesentliche Überschneidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen, so wird dieser Überschneidungsbereich auf 25 % der Stellen reduziert. Damit wird der politisch längst überholten Hierarchisierung des Hochschulsystems erneut Vorschub geleistet.

Mit den Professorenämtern W2 und W3 an Fachhochschulen wird erneut Ämterdifferenzierung eingeführt, welche leugnet, dass es Ämter mit verschiedener Wertigkeit an Fachhochschulen nicht gibt. Damit werden die bislang durch die Ämter C2 und C3 bestehenden Probleme einer künstlichen Differenzierung fortgeschrieben, sogar verschärft, da nun nur noch 25 % W3-Stellen verfügbar sein sollen.

Trotz der Feststellung der Landesregierung, dass das Professorenbesoldungsreformgesetz durch die Kostenneutralität einen leistungsfeindlichen Geburtsfehler aufweist, schließt sich der Gesetzentwurf eben diesem „Geburtsfehler“ an. Von der bundesgesetzlichen Ermächtigung, den Vergaberahmen in 5 Jahren um insgesamt 10 % zu erhöhen, soll kein Gebrauch gemacht werden. Kostenneutralität wird jedoch nach übereinstimmender Aussage aller einschlägiger Experten zum Scheitern der Intention des Gesetzes führen und die Absicht konterkarieren, auf diesem Wege Leistung zu fördern.

Eine besondere Härte bedeutet das Gesetz für jene Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen, die zum 01. Januar 2005 in einer C2-Stelle verbleiben werden. Es war die politische Absicht der Landesregierung wie auch der im Landtag vertretenen Fraktionen, die in diesen Fällen auftretenden Härten zu vermeiden, um nicht die künftigen Leistungsträger der Fachhochschulen zu demotivieren. Die vorgesehene Übergangsregelung trägt dem in keiner Weise Rechnung, da sie nicht einmal im Ansatz eine Verbesserung der Situation der betroffenen Kolleginnen und Kollegen an Fachhochschulen mit sich bringt.

Für Streitigkeiten bei der Vergabe von Zulagen ist eine Appellationsinstanz außerordentlich wichtig, um einer hohen Zahl von Verwaltungsgerichtsverfahren vorzubeugen. Diese Instanz ist vor einem Gerichtsverfahren einzuschalten; sie sollte aus neutralen, von der Besoldungsdiskussion und der Verteilung der für die Besoldung verfügbaren Mittel nicht berührten Personen innerhalb der Hochschule bestehen.

Anschließend an diese grundlegenden Kritikpunkte hat der **vhw** detailliert zu einzelnen Regelungen Stellung genommen.

Geld ist nicht alles – oder doch?

Die immer wieder gerne zum Vergleich herangezogenen amerikanischen Elite-Universitäten Harvard und Stanford verfügten im vergangenen Jahr über 2,4 bzw. 2,1 Milliarden Dollar. Baden-Württemberg gab 2003 allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen 2,5 Milliarden Euro (etwa 3,2 Mrd. Dollar). * Die 23 Fachhochschulen des Landes erhielten zusammen nicht mehr als eine größere Landesuniversität. Die Mittel für Lehre und Forschung sollen in den kommenden Jahren um mehr als 50 % abgesenkt werden.

So viel zu den Rahmenbedingungen des Wettbewerbs. RKF-Vorsitzender von Hoyningen-Huene sieht dunkle Wolken kommen.

vhw-Delegiertenversammlung in Stuttgart

Am 21. November tagten die Vorsitzenden der **vhw**-Verbandsgruppen in Stuttgart. Die Tagesordnung umfasste einen Rückblick auf das erfolgreiche Jubiläum *50 Jahre vhw*, eine Vorschau auf die Jahrestagung 2004 in Konstanz sowie als Sachthemen die Entwicklung bei Bachelor/ Master, die Novellierung des Landeshochschulgesetzes sowie den baden-württembergischen Sparhaushalt 2004 für die (Fach-)Hochschulen. Wesentlichster und zeitintensivster Punkt war, die Stellungnahme des **vhw** zum Landesbesoldungsgesetz vorzubereiten.

vhw-Jahresversammlung am 14. Mai 2004 in Konstanz

Ablenkungsstrategie: Bundes-Elite-Unis statt Sozialstaatsreformen

Mit dem Schlagwort „Innovation“ sollen sowohl die ungenügenden Erfolge bei Arbeitsmarkt/Gesundheitswesen/Steuerdschungel in den Hintergrund gedrängt werden als auch die immer miesere Finanzierung der Hochschulen. Statt Bundesmittel für Hochschulbau und Forschungsförderung aufzustocken und Zentralisierungstendenzen aufzugeben, sollte Schluss sein mit Gängelung und bürokratischer Demotivierung der Leistungsträger, der Professoren. * Min. Frankenberg hat sich dagegen gewandt, Spitzen-Unis planwirtschaftlich und auf Kosten anderer Hochschule einrichten zu wollen. Elite könne und solle sich nicht auf Unis beschränken, sondern alle Hochschularten umfassen (!!!) und sich im Wettbewerb herausbilden.

Was werden deutsche Fachhochschulen im Jahr 2014 bieten?

Über 60 FH-Rektoren, Präsidenten und Kanzler tagten darüber in Stralsund: Konsequenz praxisbezogene duale Ausbildung, Lehrkräfte aus der Wirtschaft, Professoren ohne Beamtenstatus, nur noch Präsidenten, weg vom Namen *Fachhochschule*, Studiengebühren. Die Fachhochschulen in Österreich und der Schweiz seien Vorbild.

Bedeutet das den Einstieg in den Ausstieg vom Hochschulcharakter?

Nur noch 75 Paragraphen für alle Hochschularten

Bisher waren es 457 §§ in vier Gesetzen. Ab 2005 soll es nur noch ein einziges Gesetz geben, erläuterte Min. Frankenberg in einem Interview. Das MWK soll sich wenig um Details wie Studienordnungen und Berufungen kümmern, sondern nur noch um Strategie – über Zielvereinbarungen und über die Ernennung der Hälfte der nur noch externen Mitglieder des Hochschulrats. Dieser wählt auch den Rektor, der als Wissenschaftsmanager Verträge, Gehälter und Budgets aushandelt. * Rektoren, Senate, Studierende protestierten an den Unis Karlsruhe, Konstanz und Tübingen.

Wenn der Hochschulrat einem Aufsichtsrat nachgebildet werden soll, wer wird denn das Analogon zur Hauptversammlung, die den Aufsichtsrat wählt, wer sind die Anleger und wie wird die Dividende ausgezahlt? Die Studierenden können höchstens wie Kunden angesehen werden. Das Modell Wirtschaft passt wohl doch nicht so ganz.

Geheime Zugeständnisse des Ministers an Uni-Rektoren

Im Streit um Vorschlagsrecht für den Hochschulrat sagt Frankenberg: „Der Geldgeber Staat müsse seine wissenschaftspolitische Gesamtverantwortung wahrnehmen.“ Uni-Rektoren konterten: „Einem politisierten Gremium kann die Gesamtverantwortung für die Universität nicht übertragen werden.“ Die vom Minister zugestandene Lösung bleibt noch geheim. * Auch gab der Minister damit nach, dass der Senat die Rektorwahl des Universitätsrates bestätigen muss.

Einige Bemerkungen im abgelaufenen Jahr

Ein Professor ist nicht per se in der Lage, das Unternehmen „Hochschule der Zukunft“ zu führen. Künftig sind die Rektoren mit Firmenchefs vergleichbar. (Hannelore Kraft, NRW-Wissenschaftsministerin) * An der Kooperation von Mittelstand und Wissenschaft hapert es bisweilen noch, da die Hochschulen in der Vergangenheit zu sehr auf sich selbst konzentriert waren. (Ulrike Flach MdB FDP, Bundestagsausschuss für Bildung und Technik) * Im Bereich der Regulierung von Wissenschaft und Technik sollte sich die Politik aus dem Spitzenfeld zurückziehen und damit begnügen, Ziele vorzugeben. Wie diese optimal zu erreichen sind, muss Wissenschaft und Technik überlassen werden. (VDI-Präsident Hubertus Christ) * Die neuen Bachelor- und Masterabschlüsse sind eine große Chance für eine noch bessere Platzierung der deutschen Ingenieurausbildung auf internationaler Ebene. (VDI-Direktor Willi Fuchs) * Die Universität ist keine Schraubenfabrik (HRK-Präs. Gaeltgens) * Mitunter sind Politiker wie schlechte Reiter, die so stark damit beschäftigt sind, sich im Sattel zu halten, dass sie sich nicht mehr darum kümmern können, in welche Richtung sie reiten (Soziologe Schumpeter) * *Videant consules: Potentia* setzt nicht nur *scientia* voraus, sondern auch *pecunia* (Stifterverband-Generalsekretär Erhardt).

Der Spiegel: Die Innovationslüge

Trotz großer Versprechungen von Politikern, den Wissensstandort Deutschland auszubauen, werden weitere Projektmittel gekürzt und Professorenstellen gestrichen.

Wechsel im Präsidium der Kultusministerkonferenz

Den Vorsitz hat die rheinland-pfälzische Staatsministerin für Bildung, Frauen und Jugend Doris Ahnen (39) übernommen, die Gründungsmit-

glied des Akkreditierungsrates ist und für den Ausbau des Fachhochschulnetzes in Rheinland-Pfalz zuständig war.

Neuer Hessischer Wissenschaftsminister

Udo Corts CDU (48) gilt als liberal, will Langzeit-Gebühren und höheres Deputat der Professoren.

VHB/vhw-Treffen in Neu-Ulm

Das jährliche Treffen der Landesvorstände von VHB und vhw wurde im November 2003 von den bayerischen Kollegen in Neu-Ulm organisiert. Neben den Sparbeschlüssen der jeweiligen Landesregierungen und der Bachelor/Master-Frage war wichtigstes Thema die Umsetzung der Professorenbesoldungsreform. In Bayern ist das Gesetzgebungsverfahren noch nicht so weit fortgeschritten wie in Baden-Württemberg.

Wie der vhw legt auch der VHB bei seinen Versuchen zur Beeinflussung des Gesetzgebungsverfahrens seinen besonderen Schwerpunkt auf eine zufrieden stellende Übergangsregelung für die am 1. Januar 2005 in C 2 verbleibenden Professorinnen und Professoren.

Schöne Bescherung

Elke Platz-Waury (vhw), Hubert Mücke (hfb) und Michael Hartmer (DHV) sehen mit Sorge mehr Arbeit und viele Mittelkürzungen auf die Professoren zukommen. Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge, offene oder versteckte Deputatserhöhung, weniger Lehrbeauftragte und wiss. Hilfskräfte, Steuerpflicht für Auftragsforschung, mangelhafte Kriterien zur W-Besoldung und Deckelung, Umbau der Hochschulstruktur usw.

Professoren sind steten Wandel gewöhnt, doch sollten die Folgen der demotivierenden Reformen ins Dunkle hinein vorher bedacht werden.

Wie man Leistungszulagen aushandeln kann

In einem Seminar bietet der Deutsche Hochschulverband Strategien an, um die höchst mögliche Besoldung rauszuholen.

Entlarvend: Nicht die beste Leistung in Lehre und Forschung wird das meiste Geld bringen, sondern das größte Geschick beim Schachern. Das hätte Frau Bulmahn voraussehen können!

HS Esslingen: Hochschulrat kritisiert Fusionspläne

Befremdet sind die Hochschulratsmitglieder, dass der Rat, zuständig für Struktur- und Entwicklungsplanung, vor der (Struktur-)Entscheidung von der Landesregierung nicht eingeschaltet worden ist.

Zahl der Studierenden mit mehr als 232.000 auf Rekordniveau

Unis 135.000 (+7%), Fachhochsch. einschl. VerwFH 71.300 (+5 %), Päd. Hochschulen 21.000 (+13 %), Kunsthochschulen 4.200 (+8%). Frauenanteil 107.000 (+7%), nahezu gleich mit 46%.

Steuerpflicht für Auftragsforschung

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes müssen Steuern erhoben werden. HRK-Präsident Gaeltgens fordert, die bürokratischen Hürden für die Hochschulen und die Firmen so niedrig wie möglich zu halten, auch um den personellen Aufwand dafür zu begrenzen. Steuerfreiheit kann nur für Leistungen beantragt werden (bis 1.1.05), die bis 3.09.03 erbracht wurden.

Nachtrag zum Pensionspapier

Auch bestehende Pensionen werden auf 71,75 % abgesenkt. Zur Anrechnung von Betriebsrenten Verbandsgruppenvorsitzenden befragen.

George Turner: „Wenn jeder alles macht“

Der altbekannte Universitätspolitiker und „Freund“ der Fachhochschulen hat mal wieder eine Philippika losgelassen, in denen er diesen zwar großzügig konzediert, Forschung zu betreiben, diese aber für die Ausbildung nicht als zwingend bezeichnet. Masterstudiengänge an Fachhochschulen sieht er als verfehlt an. Das Verlangen danach führt er auf Berufung von Mittelbauvertretern ohne Praxis und auf Standespolitik (Besoldung, Lehrdeputat) zurück. (Rhein. Merkur 45/03)

Er wird es wohl nicht mehr lernen.

Hrg., v.f.d.I.: Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Würt., Landesvorstand, GeschStelle Fon (07022)929-215, Fax 929-216, schilling@fh-nuertingen.de, Redaktion langeheinecke@fh-weingarten.de